

Klaus Weber*

„Einzig radikale Maßnahmen können die Gesellschaft retten“ (Rosa Luxemburg)

Rede auf der Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, München 19. Januar 2008, Rosa-Luxemburg-Platz.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Wir stehen heute hier, weil wir einer Frau gedenken, die vor 89 Jahren in Berlin aus ihrer Wohnung geschleppt, unter Beschimpfungen und Schlägen in ein Auto gestoßen, dort erschossen und anschließend in den Landwehrkanal geworfen wurde.

Wir wissen heute, dass dieser Mord ein Mittel war, nach den Novemberrevolutionen 1918 die Ordnung der kapitalistischen Gesellschaft wieder herzustellen.

Wir wissen heute, dass dieses Verbrechen von den bürgerlichen Kräften gewollt und von den Sozialdemokraten geduldet, wenn nicht unterstützt wurde.

Wir wissen heute aber auch, dass die Ideen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts – auch wenn sie vielen nicht bekannt sind und manchen als veraltet gelten mögen – von ihrer politischen Klarheit, ihrer historischen Einzigartigkeit und ihrer sprachlichen Schärfe nichts verloren haben.

Ich möchte an wenigen Beispielen zeigen, wie das Denken Rosa Luxemburgs auch für uns Sozialistinnen und Sozialisten, die heute mit scheinbar ganz anderen Problemen konfrontiert sind, von Bedeutung ist. Auch wenn die heutigen sozialen Probleme, politischen Konflikte und gesellschaftlichen Widersprüche und die

dar aus resultierenden Kämpfe und Revolten sich von denen des 20. Jahrhundertanfangs unterscheiden, so ist die Ursache all dessen dieselbe wie zu Luxemburgs Zeiten: Es ist die kapitalistische Produktionsweise, die unablässig soziale Ungerechtigkeit erzeugt, die permanent die Zurückdrängung demokratischer Rechte wünscht und die nach wie vor Plünderung anderer Länder und Nationen sowie Kriege erfordert, um das Werk menschlicher Ausbeutung, sozialer, kultureller und ökologischer Zerstörung weiter fortzusetzen.

Doch hören wir uns an, wie Rosa Luxemburg den Zusammenhang sozialistischer Politik mit Gesellschaftsveränderung denkt. Hören wir uns an und lernen wir aus ihren Schriften, wie das utopisch klingende Fernziel eines demokratischen Sozialismus und die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise in der täglichen politischen Kleinarbeit produktiv vereint werden können.

1. „Die erste Bedingung einer erfolgreichen ...politik“, so schreibt Rosa Luxemburg zum 20. Todestag von Karl Marx 1903 im *Vorwärts*, „... ist das Verständnis für die Bewegungen des Gegners (GW I/2, 1983, S.372); also das „Verständnis der bürgerlichen Politik bis in ihre kleinsten Verzweigungen, bis in die Verschlingungen der Tagespolitik, ein Verständnis, das uns gleichermaßen vor Überraschungen wie vor Illusionen bewahrt“ (ebd.). Können wir mit diesem Vorschlag die Debatte um den Mindestlohn besser verstehen? Bei aller Sympathie für den Antrag der Bundestags-LINKEN vom Juli 2007, einen Mindestlohn gesetzlich zu verankern und damit die SPD vorzuführen, muss uns klar sein, dass jeglicher Lohn, der dem

Arbeiter immer einen Anteil des von ihm erarbeiteten Werts vorenthält, ungerecht sein muss, solange dieser Mehrwert privat angeeignet wird. Und seien wir uns der Gefahr bewusst, dass der politische Gegner – Marx & Engels haben in einem Briefwechsel darauf hingewiesen – nach kurzer Zeit problemlos ebenfalls einen Mindestlohn fordern wird: allerdings als Höchstlohn, der den Arbeitern lediglich das knappe Überleben sichern soll. Wer Luxemburg und Marx liest, wird also nicht überrascht sein, dass der der SPD nahe stehende Bert Rürup (ein so genannter Wirtschaftsweiser) einen flächendeckenden Mindestlohn von 4,50 Euro fordert (*Handelsblatt* 19.12.2007), was einem Monatsnettolohn von nicht einmal 500€ entspricht.

2. Als nächstes schlägt Rosa Luxemburg für sozialistische Politik vor, „neue Erscheinungen des politischen Lebens ... mit einer Tiefe einzuschätzen, die den Kern selbst der Erscheinung trifft (ebd., S.373) und sich nicht an der Oberfläche aufhält. Übertragen wir ihren Vorschlag auf die aktuelle Diskussion zur Verschärfung des Jugendstrafrechts, so sehen wir als Kern des Phänomen Jugendkriminalität folgenden Widerspruch: Auf der einen Seite wird von den führenden Wirtschaftsverbänden – den Sprachrohren des Kapitals – gefordert, Kinder in frühestem Alter zur Bildung anzuregen, um sie später als hoch qualifizierte Fachkräfte optimal verwerten zu können. Auf der anderen Seite verweigern dieselben Unternehmer eine optimale ökonomische Ausstattung des Staates und fordern im Gegenteil die Reduktion ihrer Beiträge zur Finanzierung gesamtgesellschaftlich

sinnvoller Aufgaben aus einem Grund: Der Profit darf keinesfalls geschmälert werden. Sie erzeugen also genau die Bedingungen, welche ein gesellschaftlich sinnvolles Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen verunmöglichen und welche letztendlich Phänomene wie Gewalt und Zerstörungswut und -lust hervorbringen. Vergessen wir nicht: Mehr als 2,5 Millionen Kinder, doppelt so viele wie im Jahr 2004 leben hier in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, auf Sozialhilfeniveau (*Deutscher Kinderschutzbund* 7/06). Dieser Widerspruch, der wie alle Widersprüche aus der kapitalistischen Produktionsweise selbst erwächst, zeigt die wirklichen Hintergründe, die den Kern des Phänomens Jugendkriminalität enthüllen und nicht in der bürgerlich oberflächlichen Betrachtungsweise verharren, welche die Ursachen in den Jugendlichen selbst sucht und lediglich auf das altbewährte Arsenal repressiver Erziehungs- und Strafmaßnahmen zurückzugreifen imstande ist.

3. Doch die tiefgründige Analyse der Zusammenhänge und das genaue Verstehen der Gründe bürgerlicher Politikformen und -inhalte alleine genügt nicht, um linke, emanzipatorische Politik fruchtbar zu machen. Der dritte und entscheidende Vorschlag Rosa Luxemburgs zielt auf die Überwindung „der bestehenden Ordnung, in der sie [die sozialistische Politik] arbeitet“ (ebd., S.374). Diese von ihr so genannte „revolutionäre Realpolitik“ ist es, die sich tagtäglich auf die politische Kleinarbeit in Kommunen, Ländern und im Bund einlässt. Ihr Ziel ist jedoch nicht - wie bei den bürgerlichen Parteien inklusive der Sozialdemokratie - die Verbesserung der Zustände innerhalb des Systems alleine, ihr Ziel ist nicht die Besänftigung

der Auswüchse kapitalistischer Produktionsweise alleine und ihr Ziel ist nicht der soziale Ausgleich zwischen so genannten Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Ihr Ziel ist es, die einzige Ursache aus dem Weg zu räumen, welche Ausbeutung, soziale Ungerechtigkeit, Degradierung des Menschen zum Arbeitsvieh hervorbringt: den Kapitalismus. Positiv ausgedrückt: Ihr Ziel ist es, dass wir Menschen die Bedingungen unseres Lebens selbst und gemeinsam herstellen und über unser Leben und unsere Arbeit selbst verfügen.

Nicht um die Zerstörung ging es Rosa Luxemburg, nicht um einen heldenhaften Kampf gegen die Ausbeuter und Kriegstreiber. Es ging ihr darum, die Gesellschaft zu retten. Dass dies einzig - wie sie schreibt - mit „radikalen Maßnahmen“ (vgl. Laschitzka 1996, S.581) möglich ist, lag daran, dass das Übel bei der Wurzel gepackt werden muss.

Literatur

Annelies Laschitzka (1996). Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biografie. Berlin: Aufbau.

Rosa Luxemburg (1903). Karl Marx. In: Dieselbe, Gesammelte Werke (1983). Bd. I/2. S.369-377). Berlin: Dietz.

*Prof. Dr. phil. habil. Klaus Weber, Hochschule München, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaft (Bereich Resozialisierung). Gastprofessur Universität Innsbruck seit 1997. Vertrauensdozent der Rosa Luxemburg Stiftung.